

Antrag
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 27. November 2014

Europa vertiefen - Chancengerechtigkeit herstellen
**Chancengleichheit des österreichischen Handels gegenüber ausländischen Online-
Plattformen**

Neben dem Umsatz des heimischen Internet-Einzelhandels (2,9 Mrd. Euro im Jahr 2013) sind auch die Ausgaben der österreichischen Konsumenten für Interneteinkäufe in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2013 haben die Online-Shopper bereits knapp 6 Milliarden Euro im Internet ausgegeben. Stellt man die Ausgaben der österreichischen Konsumenten im Internet dem Umsatz des heimischen Internet Einzelhandels gegenüber, zeigt sich der Wermutstropfen dieser Entwicklung. Die heimischen Händler decken mit 2,9 Milliarden Euro nämlich nur knapp die Hälfte der Internet-Ausgaben der Österreicher ab, während die zweite Hälfte – ebenfalls rund 3 Milliarden Euro - in den ausländischen Internet-Einzelhandel fließt.

Dieser Kaufkraftabfluss österreichischer Konsumenten stellt nicht nur für den österreichischen Handel, sondern mittlerweile auch volkswirtschaftlich ein massives Problem dar.

Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt in den massiven Wettbewerbsnachteilen der österreichischen Händler. Trotz der Harmonisierung vieler Rechtsbereiche auf EU-Ebene bestehen nach wie vor massive Unterschiede in den Rahmenbedingungen für den Einzel- und Großhandel zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Dies betrifft nicht nur die Bereiche Abgaben und Steuern, sondern auch soziale und arbeitsrechtliche Standards wie auch die Vorgaben im Umweltbereich. Diese Unterschiede führen im Ergebnis dazu, dass grenzüberschreitend tätige Versand- und Onlineplattformen gegenüber österreichischen Händlern Kostenvorteile und damit Preisvorteile generieren können und österreichische Händler dadurch zunehmend nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Ein erster Schritt zur Angleichung der Rahmenbedingungen und eines „fair play“ für den österreichischen Handel wurde im Sommer 2014 im Rahmen einer Novelle der Elektroaltgeräteverordnung getan, wonach nun auch für ausländische Versand- und Onlinehändler, die an österreichische Konsumenten Elektrogeräte liefern, die Verpflichtung zur Einzahlung in das Entsorgungssystem für Elektroaltgeräte gilt.

Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich möge an die Bundesregierung und zuständigen Stellen herantreten und dazu auffordern, gleiche Wettbewerbsbedingungen für österreichische Händler gegenüber ausländischen Online- und Versandplattformen im Binnenmarkt in allen relevanten Rechtsbereichen zu schaffen. Dies soll vor allem durch die EU-weite Angleichung sämtlicher Abgaben und Entsorgungspflichten im Urheber-, Umwelt- und Steuerrecht gewährleistet werden.



Mag. Alexander Klacska
Bundesspartenobmann



Bettina Lorentsich, MSc MBA
Bundesspartenobfrau



KommR Erwin Pellet
Spartenobmann